



Pro Zukunft

Fraktion Grüne/B90-ProZukunft im Kreistag Märkisch-Oderland

Fraktionsbüro
August Bebel-Str. 22
15344 Strausberg

Fraktionsvorsitz
Burkhard Paetzold
Tel: 033439-931328
Email: b.paetzold@o2online.de

Stellv. Fraktionsvorsitz
Monika Märten
Email: monika.maerten@prozukunftmol.de

Nachfragen zu unseren Anfragen zum Thema Asyl und Flüchtlinge

Sehr geehrter Herr Landrat,

bitte gestatten sie drei Nachfragen zu unseren Kreistagsanfragen zum Thema Asyl und Flüchtlinge vom Frühjahr diesen Jahres. (Wir hatten Fragen gestellt zur *Trägerschaft von Asylbewerberwohnheimen*, zur *Bearbeitung von Anträgen von Asylsuchenden auf Wohnsitznahme außerhalb der Gemeinschaftsunterkunft*, und zur *digitalen Krankenkassenkarten für Flüchtlinge*).

Unsre heutige Anfrage zielt auf eine ausführliche Information im vorgesehenen TOP „Informationen des Landrates zur Problematik der Asylbewerber im Landkreis MOL“ mit einer Gelegenheit für weitere konkrete Nachfragen in diesem TOP. Dafür bitten wir auch um eine Einladung an die verantwortlichen Mitarbeiter des Sozialamtes/der Ausländerbehörde.

Da der o.g. TOP für den nichtöffentlichen Teil vorgesehen ist, bitten wir zusätzlich (vorab) um eine erste mündliche Beantwortung der Fragen im TOP 5 des öffentlichen Teil des Kreistages am 23.9.2015

Frage 1

Es wird berichtet, dass nicht alle Betreiber von Gemeinschaftsunterkünften die Mindestanforderungen erfüllen und durch einen mancherorts prekäre Unterbringungssituation, fehlendes oder vielleicht auch fehlbesetztes Personal eine problematische Situation im Entstehen ist.

Nach diesen Berichten zeigt sich, dass eine fehlende Ausschreibung, mangelnde Kontrolle bzw. Einflussmöglichkeit auf die Betreiber der Gemeinschaftsunterkünfte sich offensichtlich nicht bewährt hat.

Darüber hinaus gibt es systemische Defizite:

Auch der Druck auf das Personal des Betreibers in der jeweiligen Einrichtung ist groß.

Die Mitarbeiter_innen der Betreiber nehmen häufig in erster Linie Verwaltungsaufgaben wahr. Für Begleitung und Betreuung im Sinne der Flüchtlingssozialarbeit fehlen Zeit und manchmal auch sozialarbeiterische Qualifikationen bzw. Weiterbildungsangebote.

Gleichzeitig fungieren manche Betreiber als eine Art Filter bzw. Sperre zwischen Verwaltung und Willkommenskreisen. Dieser Rolle können sie kaum gewachsen sein.

Wir fragen deshalb:

Welche Möglichkeiten sieht der Landkreis, die Auswahl der Betreiber und die Kontrolle des Betriebes der Gemeinschaftsunterkünfte sowie die Kommunikation bzw. Arbeitsteilung zwischen Betreiber und den übrigen Akteuren zu verbessern?

Frage 2

Wir hören immer wieder, dass es immer noch lang dauernde Antragsbearbeitung und unnötige bürokratische Hürden gibt.

Insbesondere die Bearbeitung von Bescheiden zur dezentrale Unterbringung, wird als sehr schleppend wahrgenommen. Etliche für Juli zugesagte sind immer noch nicht ergangen. So wartet beispielsweise in der GU Neuhardenberg eine alleinerziehende Mutter mit zwei schwerst traumatisierten Kindern seit 13 Monaten auf einen Bescheid ihres Antrags auf Wohnsitznahme außerhalb der GU. Es handelt sich in allen Fällen um monatelange Wartezeiten. Bis heute hat keine der 9 Antrag stellenden somalischen Familien einen Bescheid erhalten. Diese Flüchtlinge leiden natürlich besonders unter der Vorstellung, dass die Nichtbearbeitung ihrer Anträge etwas mit ihrer Hautfarbe zu tun haben könnte.

Gleichzeitig heißt es, das in Neuhardenberg 60 Wohnungen leer stehen.

Das Argument, man müsse erst Wohnungen anmieten und möblieren, dann könne man bescheiden, scheint uns irreführend, denn die Anträge könnten u.E. beschieden werden, ohne dass überhaupt Wohnungen bereitstehen oder gar möbliert werden.

Wenn es stimmt, dass die Unterbringung in der GU wesentlich teurer ist, ist nicht nachvollziehbar, weshalb der Landkreis sie einer dezentralen Unterbringung in Wohnungen vorzieht.

Für den Sommer wurde ein Unterbringungskonzept angekündigt, das sicher unter dem Druck der Ereignisse einer Überarbeitung bedarf, aber auch umso dringlicher wird.

Privatinitiativen zur beschleunigten Unterbringung scheinen sich in einer Grauzone zu bewegen.

Leider wird das Krankenkartenprinzip erst zum 1.4.2016 eingeführt und es gilt die Anweisung das Krankenhaushandlungsscheine für privat untergebrachte zu den Sprechzeiten in Seelow abgeholt werden müssen.

Wir fragen deshalb:

Was unternimmt der Kreis um langwierige Antragsbearbeitung (z.B. bei Bescheiden auf Wohnsitznahme außerhalb der GU) zu beschleunigen und die Kommunikation innerhalb der Kreisverwaltung und nach außen zu verbessern?

Frage 3

Das zivilgesellschaftliche Engagement in unserem Kreis ist erfreulich groß. Wir wissen alle, es ist eine wesentliche Grundvoraussetzung für gelingende Integration. Einige Kreise und Kommunen setzen deshalb auf vereinfachte und flexible Lösungen unter enger Einbeziehung von bürgerschaftlicher Initiative. Der Integrationsbeauftragte hat hier eine wichtige Aufgabe.

Es wird andererseits darauf ankommen, Entscheidungsabläufe und -zusammenhänge, Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten der Kreisverwaltung allen Willkommensinitiativen transparent zu machen, damit sich die Willkommenskreise nicht als Lückenbüßer oder störende Konkurrenz sondern als Teile eines integrierten Konzepts sehen können.

Hinsichtlich finanzieller Unterstützung kann auf die " Richtlinie Migrationsleistungen MOL" verwiesen werden. Es wurden erste Erfahrungen damit gesammelt und in der jetzt zugespitzten Situation besteht dringender Überarbeitungsbedarf. So muss eine Leistung 2 Wochen bevor sie erbracht wird beim Sozialamt beantragt und genehmigt werden. In den meisten Fällen, wo Flüchtlinge zum Arzt oder ins Krankenhaus begleitet und gefahren werden müssen, ist dies gar nicht möglich. Wird die Leistung nicht vorab beantragt, werden die Kosten dem/der Ehrenamtlichen nicht erstattet.

Wir fragen deshalb:

Was tut die Kreisverwaltung, um das zivilgesellschaftliche Engagement anzuerkennen und zu stärken, die Kommunikation zu verbessern, sowie letztlich ein integrierendes Konzept zu Einbeziehung aller Beteiligten zu entwickeln?

Mit freundlichem Gruß,

17.09.2015



(Fraktionsvorsitzender)